DIE LINKE.

AUSGABE 01/2013

Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER–KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE. Burgenlandkreis

Sie finden:

Regierung täuscht Öffentlichkeit 2

Wahlversprechen gebrochen 3

Das Kinderfördergesetz 4

Neues aus der Kreistagsfraktion 5

Rechte für Arbeitnehmer 6

Stolpersteine in Zeitz 8

Naziherrschaft Weißenfels 9

Plagiat oder authentisch 10

Mandatsträgerbeiträge fehlen 11

Termine 12

Achtzig Jahre nach dem Machtantritt Hitlers bedarf es des entschiedenen Kampfes gegen den Neofaschismus

Als am 30. Januar 1933 Adolf Hitler die Macht ergreifen konnte, begann das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte. Die Nazidiktatur wurde errichtet, die gesamte Gesellschaft wurde gleichgeschaltet, alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen außer der NSDAP und von ihr gelenkter Ableger wurden verboten, politisch Andersdenkende unterdrückt und verfolgt, Tausende schmachteten in Zuchthäusern und Konzentrationslagern, viele kamen dort um.

Der faschistische Rassismus gipfelte im Holocaust, der Massenvernichtung der Juden. Das Naziregime bereitete vom Herrschaftsbeginn an den Zweiten Weltkrieg als einen in der Weltgeschichte einmaligen geradezu industriell angelegten Vernichtungskrieg vor, vornehmlich gegen die slawischen Völker. Ganze Kontinente, viele Völker wurden in den verheerenden Sog von Krieg und Vernichtung gezogen. Das Deutsche Reich ging unter im Inferno des vom Hitlerfaschismus entfesselten Krieges. Der Faschismus wurde als Herrschaftssystem und Ideologie ganz und gar diskreditiert.

Dennoch sind achtzig Jahre nach Hitlers Machtantritt politische Parteien und Gruppierungen faschistischen Typs noch immer präsent. Der Neofaschismus wirkt als militanter Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit nicht nur in Gestalt kleiner Gruppierungen, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Das Geschehen um die Gruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) zeugt von weitgehendem Versagen staatlicher Behörden. Deshalb ist die entschiedene Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus in allen seinen Erscheinungsformen dringend geboten.

Es bedarf des geschlossenen Eintretens aller demokratischen Kräfte in unserem Land, um das Verbot der NPD durchzusetzen und – was noch wichtiger ist – neofaschistische Umtriebe zu unterbinden und derartige Einstellungen aus den Köpfen der Menschen zu verbannen.

IMPRESSUM

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Geschäftssitz
Friedensstraße 15,
06679 Hohenmölsen
Tel.: 034441/22026
Fax: 034441/50953

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :
kv@dielinke-blk.de

Spendenkonto:
Kto.-Nr.: 30 00 10 28 40
BLZ: 800 530 00 Sparkasse Burgenlandkreis

Alle namentlich gekennzeichnete Artikel sind nicht immer auch Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Gunter Schneider—
Kreisvorsitzender

Regierung täuscht Öffentlichkeit

Von Roland Claus

Selbst Regierungsmitglieder bekennen öffentlich, dass wir uns fernab einer sozialen Markwirtschaft und in Zeiten des regellosen Kapitalismus bewegen. Es ist unausweichlich, die Macht der Finanzmärkte deutlich einzugrenzen. Schattenbanken gehören abgeschafft. Zu glauben, sie ließen sich regulieren, ist eine Illusion. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz ist organisierter Selbstbetrug und vorsätzliche Täuschung der Öffentlichkeit. Roland Claus, Mitglied des Haushaltsausschusses, äußerte sich in der Debatte zum Dritten Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Deutschen Bundestag sehr kritisch (auszugsweises Zitat): „Die vor drei Wochen vorgetragene Kritik meiner Fraktion an diesem Gesetzentwurf müssen wir aufrechterhalten. Es ist nicht so, wie der Kollege Aumer gesagt hat, dass wirklich die Verursacher herangezogen werden. Wir reden im Übrigen nicht von einer Bankenkrise, die in der Vergangenheit stattgefunden hat, sondern von einer, die uns nach wie vor belastet. Das wird mit diesem Gesetz nicht besser.

Staatssekretär Kampeter hat zur Begründung dieses Gesetzes gesprochen. Ich hatte seine Rede danach als kapitalismuskritisch eingestuft und musste sie deshalb nachlesen. Ich trage Ihnen jetzt das folgende Zitat von Kampeter vor: „Wir wollen weg vom regellosen Kapitalismus, und wir wollen für die Finanzindustrie die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft durchsetzen.“ Wenn man das liest, reibt man sich die Augen. Das heißt doch im direkten - nicht einmal im dialektischen - Umkehrschluss: Erstens. Wir leben zurzeit im regellosen Kapitalismus. Zweitens. Die Finanzindustrie bewegt sich außerhalb der sozialen Marktwirtschaft. - Da muss sich Steffen doch mit meiner Kollegin Sahra Wagenknecht verabredet haben. Herzlich willkommen im Klub!

Es geht um die Fortsetzung der staatlichen Risikovorsorge für große deutsche Banken. Die Regierung sagt, das koste nichts. Der Hintergrund ihrer Überlegungen ist die, wie wir finden, falsche politökonomische These, wonach sich Staaten finanzmarktkonform verhalten müssten. Wir halten das für grundfalsch. Wir wollen eine Rückgewinnung des Politischen gegenüber den Finanzmärkten und keine Dominanz der Finanzmärkte gegenüber Regierungen, auch nicht gegenüber der Wirtschaft.

Eines passt aber ins Bild - zur Sitzung des Finanzausschusses war der Chef der Deutschen Bank eingeladen. Dieser sagte kurzerhand: Für euch habe ich keine Zeit. Ich komme nicht. Ich schicke einen Vertreter. - So ist die Lage. Ich bin sehr gespannt, was passiert, ob sich unser Parlament so etwas gefallen lässt. Wir werden uns wieder sprechen.

Wir müssen natürlich wissen, dass die Banken der Konkurrenz der sogenannten Schattenbanken ausgesetzt sind, also der Hedgefonds und der nicht beaufsichtigten Zweckgesellschaften, die im Jahr 2012 einen gigantischen Umsatz von mehr als 50 Billionen Euro erreichen sollen. Dies entspricht in etwa dem Volumen von 170 Bundeshaushalten. Wir sagen Ihnen: Das ist staatlich begünstigter Wahnsinn. Nun erklärte uns Frau Merkel, die G-20-Staaten beabsichtigten, die Schattenbanken erst zu beaufsichtigen und dann zu regulieren.

Ich denke, Schattenbanken kann man weder beaufsichtigen noch regulieren. Diese gehören abgeschaltet und crash-arm abgewickelt. Sie begründen dieses Gesetz damit, mit der Bankenabgabe werde das alles bezahlt. Da kann ich nur wiederholen: Das ist organisierter Selbstbetrug und Täuschung der Öffentlichkeit. Bisher haben Sie damit nicht einmal 5 Prozent des realen Verlustes angespart. Ich habe die Bundesregierung einmal gefragt, ob sie es denn beziffern könne, wenn sie schon eine Vorhersage treffe. Ich habe gefragt, welche Entwicklung der Bankenabgabe bzw. des Restrukturierungsfonds die Bundesregierung in den nächsten zehn Jahren erwartet. Die Antwort der Bundesregierung hieß: Das kann man nicht seriös beziffern. - Sie können aber hier aussagen, dass die Mittel reichen. Diesen Widerspruch können wir Ihnen nicht schenken. Über die Rettung deutscher Banken redet diese Bundesregierung schon seit Monaten nicht mehr. Sie werden diesem Gesetzentwurf offenbar zustimmen. Wenn Sie das schon tun, dann fordere ich Sie auf, die Leute in der Öffentlichkeit wenigstens nicht hinter die Fichte zu führen, sondern ihnen reinen Wein einzuschenken und die Wahrheit darüber zu sagen, was hier alles abgeht.

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir möchten den heutigen "Tag des Ehrenamtes" zum Anlass nehmen, Euch Danke zu sagen für Eure unermüdliche Arbeit vor Ort in den Basisorganisationen, in den Kreisen und im Land. Unsere Partei ist stark, wo Ihr Euch für sie stark macht und sie lebt von Eurem vielfältigen Engagement.

Die Erfolge unseres Landesverbandes verdanken wir Eurem Einsatz in Eurer Freizeit, in zahlreichen Abendstunden und an Wochenenden. Dieser Einsatz kann nicht hoch genug gewürdigt werden.

Habt Dank dafür und lasst uns auch zukünftig gemeinsam mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unsere Ideen und Konzepte bekannt machen und im Interesse der Menschen in Sachsen-Anhalt umsetzen.

Mit solidarischen Grüßen
Birke Bull
Landesvorsitzende

Wahlversprechen schon gebrochen

Von Michael Schlecht

"Wir lassen uns nicht die Rendite der Reformpolitik der Regierung Schröder stehlen [.] Wir sind es gewesen, die damals dieses Land vorangebracht haben!"
Lobeshymnen auf die Agenda 2010 sind für Peer Steinbrück die Grundlage seiner Politik.

"Rendite" - Was für eine Begriffswahl! Ja, in der Tat ist die Rendite der Unternehmer explodiert. Die Profite sind seit 2000 um 30 Prozent hochgeschnellt, die Reallöhne jedoch um fünf Prozent gesunken.

Steinbrück beklagt, dass die Menschen "verunsichert und orientierungslos sind [.] durch eine Finanz- und Bankenkrise, die ihren Glauben [.] in eine soziale Marktwirtschaft erschüttert haben."
Aber es waren doch die SPD-Finanzminister Eichel und Steinbrück, die den Finanzzockern und Heuschrecken den roten Teppich ausgerollt haben.

Foto: Jusos de

Steinbrück beklagt, dass "Arbeit immer weiter entwertet wird. [.] Die Menschen müssen immer gebildeter sein, immer mobiler, immer flexibler [.] und kriegen auch immer weniger Lohn." Aber es waren doch SPD und Grüne, die den Arbeitsmarkt dereguliert haben, die Leiharbeit, Befristungen, frauendiskriminierende Minijobs und vor allem die Knechtung der Menschen durch Hartz IV eingeführt haben.Arbeit wurde entwertet, weil rot-grün den Widerstandswillen von Millionen Beschäftigen mit der disziplinarischen Peitsche des Sanktionsregimes von Hartz IV geschwächt hat. Steinbrück will dies nicht korrigieren. So werden alle Bekenntnisse zu höheren Löhnen fragwürdig und zynisch.

Steinbrück legt nahe, dass er jährlich 25 Milliarden mehr für Bildung ausgeben will, weil es sich hierbei um den "Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft dieses Landes" handelt. Gute Idee! Er sollte dies seinen Parteifreunden von der baden-württembergischen Landesregierung sagen, die gerade in Tateinheit mit den Grünen 6000 Lehrerstellen streichen und ihre Wahlversprechen brechen.
Steinbrück will den Kommunen mehr Geld geben und die Infrastruktur, zum Beispiel Hunderte von maroden Brücken, sanieren. Gute Idee! Die Kommunen rechnen vor, dass ein Investitionsstau von 700 Milliarden besteht.

Übrigens: Auch zu Zeiten von Rot-Grün bestand er schon; gleichwohl wurde damals gekürzt ohne Ende. Steinbrück will mehr Steuern einnehmen, damit die Forderungen der Schuldenbremse im Fiskalpakt erfüllt werden können.

> ***"Wir werden ihn an manches erinnern, was er heute gesagt hat"***
>
> *Hilde Mattheis, SPD*

Gute Idee! Denn wenn in den nächsten 20 Jahren nicht mindestens 600 Milliarden Steuern zusätzlich eingenommen werden, drohen Haushaltskürzungen in gleicher Höhe! Steinbrück benennt wichtige Bereiche für die der Staat dramatisch mehr Geld in die Hand nehmen muss. 50, eher 100 Milliarden pro Jahr wären erforderlich.

Doch Steinbrück will den Spitzensteuersatz nur auf 49 Prozent erhöhen - dies bringt rund fünf Milliarden. Erbschafts- und Vermögensteuer sollen erhöht bzw. wieder eingeführt werden. Allerdings wohl so zaghaft, dass das Plus bescheiden ist. Rechnet man großzügig, dürften mit der stärkeren steuerlichen Belastung von Reichen und Vermögenden 10 bis 20 Milliarden erzielbar sein. Und es besteht die Gefahr, dass nach der Wahl alles vergessen ist, so wie die Wiedereinführung der Vermögensteuer 1998 ja schon einmal versprochen wurde.
Es bleibt eine riesige Kluft zwischen Forderungen und Finanzierung. Sollte es zu Rot-Grün kommen, ist vorprogrammiert, dass Steinbrück seine Wahlversprechen brechen wird. Es fehlt das Geld, weil er die Reichen nicht wirklich zur Kasse bitten will. Zum Beispiel mit einer Millionärsteuer, wie DIE LINKE sie will.

Eine Vermögensbesteuerung von fünf Prozent ab einer Million Vermögen, die jährlich alleine 80 Milliarden Euro einbringen würde.
Eine der wenigen verbliebenen Sozialdemokratinnen in der SPD-Bundestagsfraktion - Hilde Mattheis aus Ulm - kommentiert Steinbrücks Rede: "Wir werden ihn an manches erinnern, was er heute gesagt hat." Sie ist sich wohl selbst unsicher, ob Steinbrück nach der Wahl nicht vieles wieder vergisst.

Gut gemeint und schlecht gemacht

Das neue Kinderförderungsgesetz ist eine Zerreißprobe für die Große Koalition.

Von Reinhard Weber

Ab August 2013 tritt das neue Kinderförderungsgesetz (Kifög) in Kraft. Im Vorfeld hart umkämpft und lange diskutiert wurde es vor Weihnachten im Landtag von Sachsen-Anhalt beschlossen. Von der SPD im Wahlkampf versprochen, gelang es der CDU nicht, es vom Tisch zu bekommen. Besonders die Regelung, dass die Verantwortung zukünftig von den Kommunen auf den Kreis übertragen wird. Die von der LINKEN und von Verbänden errechneten Kosten von 70 bis 80 Millionen wurden von der Regierung auf 53 Mio schöngerechnet, so dass ein Großteil der Kosten wohl auf die verschuldeten Kommunen abgewälzt werden. Bis zum Schluss hat es innerhalb der CDU erhebliche Widerstände gegen das Gesetz gegeben. So hat der CDU Kreisverband des Burgenlandkreises erst beim letzten Landesparteitag einen Antrag dagegen eingebracht – vergebens. Zu Abstimmung im Landtag fehlten dann gerade die CDU Abgeordneten aus dem Burgenlandkreis im Plenarsaal. Der Änderungsantrag der Linken wurde, ebenfalls nach gewohntem Verhaltensmuster abgelehnt.

Gut ist, dass in dem Gesetz der Ganztagsanspruch auf Betreuung für alle Kinder festgeschrieben ist. Ganztagsanspruch heißt bis zehn Stunden pro Tag bzw. 50 Stunden pro Woche. Das Betreuungsverhältnis, also wie viel Kinder von einer Erzieherin betreut werden, wird sich leicht zu Gunsten der Kinder verbessern. Zurzeit arbeiten in den 1900 Kindereinrichtungen des Landes 12 000 Erzieherinnen, aber nur 9800 in Vollzeit. Um den Ganztagsanspruch und das Betreuungsverhältnis zu gewährleisten braucht Sachsen-Anhalt 11 200 Erzieherinnen in Vollzeit, das heißt bis 2016 1400 mehr als heute.

Dabei ist aber noch nicht berücksichtigt, dass der Altersdurchschnitt der Erzieherinnen relativ hoch ist. Bis 2016 wird noch eine Vielzahl von ErzieherInnen aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Das Ausbildungsangebot für Erzieherinnen im Land trägt auch nicht dazu bei, diese personelle Lücke in absehbarer Zeit zu schließen. So dürfen in Landessüden nur wenige Privatschulen ErzieherInnen ausbilden. Diese Ausbildung ist kostenpflichtig und wird zahlenmäßig den zukünftigen Bedarf nicht abdecken können. Eine Ausweitung der Ausbildung auf staatliche Berufsschulen würde die Neueinstellung von entsprechenden Berufschullehrern voraussetzen für Personalkosten, die das Land nicht zur Verfügung stellen will.

Im Kifög ist ein Familien-Bonus festgelegt. Werden mehrere Kinder einer Familie betreut, bezahlen die Eltern für das zweite Kind und weitere nur 60 % des Einzelbetrages für das älteste Kind. Eine Menge Kommunen werden ihre Gebührensatzung entsprechend überarbeiten müssen. Inwiefern sich durch das Kifög Gesamtpaket eine Kostenersparnis für die Familien ergeben wird, bleibt abzuwarten. Die Verantwortung für die Kindereinrichtungen geht von den Kommunen auf die Kreise über, eine denkbar schlechte Festlegung. In den Kreisen entsteht ein erheblicher verwaltungstechnischer Mehraufwand und die Organisation der Kindereinrichtungen wird der Verwaltung vor Ort entzogen. Allein drei neue Personalstellen muss der BLK neu schaffen.

Auf der anderen Seite fällt zukünftig der Eigenanteil der freien Träger an der Finanzierung ihrer Kindereinrichtungen weg. Rund 13 Millionen EURO müssen demnach auf die Eltern umgelegt werden, ebenso wie die Restkosten der defizitären Finanzierung.

Für das Jahr 2013 plant der Landkreis schon derzeit 3 Millionen Euro für die Übernahme der Kitagebühren fast jeder dritten Familie ein. DIE LINKE hat überhaupt gefordert, dass das Land vollständig die Kosten für die Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt übernimmt. Glauben kann das so richtig niemand, so dass der Landkreis einen Nachtragshaushalt plant.

Insgesamt kann gesagt werden, was mal gut gemeint war, ist schlecht gemacht und steht auf tönernen Füßen.

Foto: Mastcharter

Weißenfels wehrt sich gegen Nazis

Von Hans Klitzschmüller

„Nazis sind hier nicht willkommen, auch wenn es vielen egal ist, dass sie da sind. Eine Stadt wehrt sich gegen den braunen Spuk." Unter diesem Motto rief das Weißenfelser "Bündnis für Toleranz - gegen Rechtsextremismus und jede Gewalt" zu einer Gegenveranstaltung auf. Zahlreiche Einzelpersonen, Vereine, Gewerbetreibende und Vertreter von Betrieben und Parteien und den Kirchen haben ihre Unterstützung schriftlich bekundet. Personell hat sich das Ganze dann leider nicht niedergeschlagen. Am Stadtbalkon in Weißenfels versammelten sich ungefähr 60 Personen unter ihnen unser Bundestagsabgeordneter Roland Claus. Unterstützt von lauter Musik, wurde den Nazis durch Jörg Freiwald am Mikrofon zugerufen, was wir von ihren Aktionen halten – nämlich nichts.
Als Unterstützung vom Landesvorstand bekamen wir ein Transparent.

Laut Jörg Bethmann, Sprecher des Polizeireviers Burgenlandkreis, waren es Insgesamt etwa 110 Neonazis die vom Weißenfelser Bahnhof aus in die Neustadt zum Märchenbrunnen marschiert sind, im Anschluss auf den Parkplatz unterhalb der Langendorfer Straße und dann zurück zum Bahnhof, Begleitet war der Marsch, bei dem Parolen gegrölt, wurden von einem massiven Polizeiaufgebot. Laut Bethmann gab es keine Ausschreitungen. Allerdings gebe es drei Anzeigen gegen Neonazis, unter anderem wegen der Verwendung von verfassungsfeindlichen Symbolen, so Bethmann.
Nach zweieinhalb Stunden war der Spuk vorbei. Ihr Ziel, Weißenfels über acht Stunden mit Nazi Parolen zu terrorisieren, hat die braune Bande nicht erreicht.

Mit einer Mahnwache und einer Kerzenandacht und in der Marienkirche fand die Gegenveranstaltung einen würdigen Abschluss Dabei ergriff der OB der Stadt das Wort und dankte nochmals allen, die hier Präsenz und Engagement gezeigt haben. Gegen Nazis hilft es nur, ein breites gesellschaftliches Engagement zu zeigen. Angst und Gleichgültigkeit haben schon mal zu katastrophalen Auswirkungen für die ganze Welt geführt.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch."

Bertolt Brecht

Neues aus der Kreistagsfraktion

Mehr Geld für Kultur und das Frauenhaus gefördert und erhalten

DIE LINKE hat dem Haushalt 2013 zugestimmt

Von Petra Hörning, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der KTF

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE hat sich mit ihren Forderungen für den Haushalt 2013 durchgesetzt. Ihr gelang es, politische Mehrheiten zu schaffen, für die Sicherung des Frauenhauses Zeitz (16 500 €) und für die er Erhöhung des Kulturbudgets (15 000 €). Für die schrittweise Wiederherstellung der Außensportanlage der Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Zeitz spätestens im Jahr 2014 liegen klare Zusagen der Verwaltung vor. Die Gedenkstätte des KZ´s Buchenwald erhält 10 000 € für die Sicherung einer Häftlingsbaracke, diese Forderung der Fraktion Die Grünen wurde von der Linken erfolgreich unterstützt. Im Rahmen der vorliegenden Rahmenbedingungen eine kleine Erfolgsgeschichte guter Fraktionsarbeit.

Ein Problem sehen die Linken in der Umsetzung des neuen Kifög, für das auf Kreisebene drei neue Personalstellen geschaffen werden müssen. Kritisch gesehen wird die Steigerung der Ausgaben im Sozialbereich, die klar eine Folge der Verfestigung der Armut in Landkreis ist. So muss der Landkreis für mittlerweile für jedes dritte Kind die Kitakosten übernehmen, weil die Eltern nicht genug verdienen. Ebenso steigen auch 2013 die Kosten für Wohngeld, die Aufstockung von Niedriglöhnen und Rente auf das Existenzminimum. Auch der Jugendhilfebereich braucht wieder mehr Geld für die Familienhilfe, die ambulante und stationäre Betreuung von Kindern- und Jugendlichen.

Die Einführung der Doppik im Landkreis ist gelungen, dafür sprach die Fraktion der Verwaltung ihren Dank aus. Es liegt ein transparenter Haushaltsentwurf auf über 500 Seiten vor und gut ausgearbeiteten Teilhaushalten vor.

Besonders begrüßt DIE LINKE die Verschmelzung der Tochtergesellschaft der PVG mit der Firmenmutter, womit für zusätzliche etwa 30 000 € die Lohnungerechtigkeit für zahlreiche Busfahrer und Angestellte ein Ende hat. Eine Maßnahme, die längst überfällig war

.

Die Kreistagsfraktion wird zukünftig im Sozialausschuss von einem neuen Sachkundigen Bürger vertreten. Reinhard Weber löst dort Maik Zeugner ab, der dafür die Arbeit des Innenausschusses unterstützen wird. Eine Maßnahme, die den Altersdurchschnitt der Fraktion senkt und der „Nachwuchsförderung" vor der nächsten Kommunalwahl im Jahr 2014 dient.

Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Unternehmen

Seit der Wiederherstellung der einheitlichen deutschen Staatlichkeit gilt das Betriebsverfassungsgesetz auch **in** den neuen Bundesländern.

*Politische Bildung, **Teil 24***

Es hatte des jahrzehntelangen Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung bedurft, ehe in Deutschland erstmals 1920 mit einem Betriebsrätegesetz Vertretungsorgane der Arbeiter und Angestellten offiziell ihre Tätigkeit aufnehmen konnten. Daran anknüpfend erging am 11. Oktober 1952 für die Privatwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland das erste Betriebsverfassungsgesetz. Es war am 19. Juli 1952 mit 195 gegen 140 Stimmen im Bundestag angenommen worden - gegen die Stimmen der kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz wurde in allen Betrieben mit mehr als fünf ständig beschäftigten Arbeitern und Angestellte ("Arbeitnehmer") ein(e) Betriebssprecher(in) gewählt, in allen Betrieben mit über 20 bis 9 000 Arbeitern und Angestellten ein aus 3 bis 31 Mitgliedern bestehender Betriebsrat.

In Betrieben mit mehr als 9 000 Beschäftigten erhöht sich die Zahl der Betriebsratsmitglieder für je angefangene weitere 3 000 Mitglieder um 2 Mitglieder. Die Amtszeit der Betriebsräte wurde auf vier Jahre festgelegt. Gewählt wurden sie von allen Arbeitern und Angestellten, auch gewerkschaftlich nicht organisierten. Ihre Aktionsfähigkeit hängt jedoch wesentlich von der Qualität der organisierten Gewerkschafter ab.
Das Betriebsverfassungsgesetz beinhaltet den Rahmen

Foto: GPA-djp

für die Mitbestimmung der Betriebsräte: bei der Festlegung der Akkordsätze, bei der Einführung von Stechuhren, bei Personalfragebogen sowie Auswahlrichtlinien, bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und der Einführung neuer Techniken, bei geplanten Einstellungen, Umgruppierungen, Versetzungen und Kündigungen. Bei größeren Betriebsumorganisationen, insbesondere bei Stilllegungen, Teilstilllegungen und Betriebs-verlagerungen kann der Betriebsrat die Aufstellung eines Sozialplans verlangen. Im öffentlichen Dienst entspricht dem Betriebsrat der Personalrat.

Im Betriebsverfassungsgesetz - auch in den neueren Fassungen von 1972 und 1988 - ist nicht beinhaltet das aktive Mitwirken der Betriebsräte bezüglich der eigentlichen Produktions- und Wirtschaftstätigkeit der Unternehmen. Das Betriebs-verfassungsgesetz verpflichtet Unternehmer und Betriebsrat, "vertrauensvoll" und zum Wohl des Betriebes und "unter Berücksichtigung des Gemeinwohls" zusammenzuarbeiten sowie alles zu unterlassen, was die Arbeit und "den Frieden des Betriebes" gefährdet (Friedensparagraph). Das Gesetz untersagt grundsätzlich jegliche parteipolitische Betätigung im Betrieb. Zu Zeiten der Weimarer Republik hatte die KPD immerhin Betriebszellen bilden können. Das Betriebsverfassungsgesetz legt die Betriebsräte primär auf die Gemeinsamkeit von Unternehmern und Arbeitern fest.

In den DDR-Betrieben wirkten gewählte Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL). Seit 1951 wurden Betriebskollektivverträge (BKV) abgeschlossen, Vereinbarungen zwischen dem Werkdirektor bzw. Betriebsleiter mit der BGL. Der BKV beinhaltete die Teilnahme der Werktätigen an der Planung, Leitung und Umsetzung der Aufgaben des Betriebes. Der BKV wurde nach eingehender Diskussion in einer Belegschafts- oder Betriebsvertrauensleutevollversammlung beschlossen. Bestandteil des BKV waren der Frauen- und Jugendförderungsplan. Zum BKV fanden regelmäßige Rechenschaftslegungen statt. Der BKV war ein Ausdruck von realer Demokratie in den Betrieben.

Das Betriebsverfassungsgesetz enthält immerhin die oben angeführten Rechte der Betriebsräte, deren volle Ausnutzung - über gute Zusammenarbeit des Betriebsrates mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und engen Kontakt mit der Belegschaft - für die Werktätigen von Vorteil sein kann.

Das Betriebsverfassungsgesetz einschließlich der Neufassungen von 1972 und 1988 gilt seit der Wiederherstellung der einheitlichen deutschen Staatlichkeit auch in den neuen Bundesländern. Besonders hier wird sein demokratischer Inhalt zunehmend ausgehöhlt durch Druck der Konzern- und Unternehmensleitungen auf die Arbeiter und Angestellten, überhaupt Gewerkschaftsmitglied zu werden oder zu sein und - falls vorhanden - Betriebsräten Wirkungsmöglichkeiten zu beschränken oder unmöglich zu machen und gewerkschaftlicher Solidarität den Lebensnerv zu ziehen („Jeder ist sich selbst der Nächste."). So können auch auf diese Weise prekäre Arbeitsverhältnisse und Mobbing in vielen Betrieben und Einrichtungen eskalieren.

Hätte ein Generalstreik das Hitlerregime stoppen können?

Von Winfried Steffen

Mit der Beauftragung Adolf Hitlers zur Regierungsbildung durch Reichspräsident von Hindenburg am 30. Januar 1933 und dessen folgender Reichskanzlerschaft wurde bekanntlich die Grundlage gelegt für das schwärzeste Kapitel in der Geschichte des deutschen Volkes. Auf legalem Weg kam es zu einem aus Vertretern der NSDAP und der DNVP (Deutschnationale Volkspartei) sowie aus ehemaligen Ministern der Regierung Papen zur Bildung eines Kabinetts, das von der KPD-Führung als „eine offene, faschistische Diktatur" gekennzeichnet wurde.

Dagegen orientierte die KPD-Spitze auf einen Generalstreik - mit einem Aufruf noch am gleichen Tag, an eben diesem 30. Januar 1933. Die KPD forderte die kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen, die frei gewerkschaftlichen und nichtorganisierten Arbeiter sowie die Mitglieder des Reichsbanners (SPD- Organisation) auf, sich gemeinsam gegen die faschistische Diktatur zur Wehr zu setzen und sie so zunichte zu machen. Im Auftrag Ernst Thälmanns übermittelte Walter Ulbricht dem SPD-Parteivorstand den Vorschlag des Zentralkomitees der KPD, gemeinsam zum Generalstreik aufzurufen. In vielen deutschen Städten kam es zu antifaschistischen Demonstrationen.
Aus dem Protokoll der ersten Sitzung des Hitlerkabinetts vom 30. Januar 1933 geht hervor, dass Hitler ausführte, ein Generalstreik dürfe nicht leicht genommen und auf keinen Fall die Reichswehr zu dessen Unterdrückung eingesetzt werden. Vizekanzler von Papen vertrat die Ansicht, das deutsche Volk brauche nunmehr Ruhe und der Reichstag solle ein Ermächtigungsgesetz beschließen. Man erörterte dann die schelle Auflösung des erst im November 1932 gewählten Reichstages und baldige Neuwahlen und danach die Auflösung der KPD. Es wurde also deutlich: Die Nazis waren legal auf dem Boden der Verfassung der Weimarer Republik an die Macht gekommen, gedachten aber von Beginn an, keinesfalls sich daran zu halten.

Der SPD-Parteivorstand ging auf den KPD-Vorschlag zum Generalstreik nicht ein. Im Leitartikel des "Vorwärts" wurde u. a. geschrieben; "Gegenüber dieser Staatsstreichdrohung stellt sich die Sozialdemokratie und die ganze Eiserne Front (lose Dachorganisation aus SPD, Reichsbanner, freien Gewerkschaften und verschiedenen Arbeitersportorganisationen) mit beiden Füßen auf den Boden der Verfassung und der Gesetzlichkeit. Sie überlässt die Verantwortung für den Ausbruch eines Ringens, das beiderseits nicht mehr mit den normalen Waffen des politischen Kampfes geführt werden sollte, ausschließlich ihren Gegnern.

In einem Aufruf der SPD-Reichstagsfraktion vom 3l. Januar 1933 hieß es u. a.: "Die Stunde fordert die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner. Sie fordert Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten. wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten."

In jenen schicksalsschweren Tagen forderte die KPD-Spitze zum Generalstreik, zu gemeinsamen Aktionen auf- ohne Bezug auf die Weimarer Verfassung -. die SPD-Führung orientierte auf die Bereitschaft zum Kampf, auf Abwarten. Nichts wäre so bedrohlich geworden in jenen Tagen für die längst noch nicht fest im Sattel sitzende Hitlerregierung als ein umfassender politischer Generalstreik. Doch es kam nicht dazu.

Die aufgeheizte politische Situation mobilisierte zehntausende Arbeiter, Angestellte und Bürgerliche zu machtvollen Demonstrationen in ganz Deutschland

Jahrelang galt bei der KPD die Parole "Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft". Unter Stalins Einfluss wurden die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten attackiert. Einen späten üblen Höhepunkt stellte der Berliner Verkehrsarbeiterstreik Anfang November 1932 dar. als Kommunisten gemeinsam mit Nazis gegen die Polizei vorgingen, Straßenbahnen umstürzten und Omnibusse abfackelten.

Zu lange hatte die stalinistisch belastete KPD-Spitze den Hauptstoß ihres Kampfes gegen die SPD gerichtet und diese hatte sich vollends im System der Weimarer Republik etabliert bis hin zur Propagierung der 'Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident - gegen die KPD- Warnung **"Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!"**

Nach Hitlers Machtübernahme propagierte der SPD-Parteivorstand Kampfbereitschaft auf dem Boden der Verfassung. Nach nur wenigen Monaten zählte faktisch keine Verfassung mehr; alles wurde gleichgeschaltet, alle Antifaschisten wurden unterdrückt und terrorisiert. Die so traditionsreiche deutsche Arbeiterbewegung versagte vor der Geschichte. Diese nahm nun unaufhaltsam ihren verhängnisvollen Verlauf hinein in die nationale Katastrophe 1945.

Etwas Bleibendes gegen das Vergessen

Die Initiative Stolpersteine Zeitz organisierte und finanzierte die Verlegung weiterer vier Stolpersteine durch den Aktionskünstler Gunter Demnig in der Zeitzer Innenstadt und erreichte viel Aufmerksamkeit dafür.

Von Maria Barsi und Iris Korwie

Es war kalt, windig, nass und es wurde schon dunkel, als Gunter Demnig am Rossmarkt 6 in Zeitz Stolpersteine für Lydia und Hermann Blumenthal in das Pflaster einzementierte. Vor jenem Haus, in dem sich ihre letzte frei gewählte Wohnung befand, bevor sie deportiert und ermordet wurden. Damit wurde fortgeführt, was 2007 begann.

Damals, das zeigen die Fotos, waren es recht wenige außer den InitiatorInnen, als diese besonderen Gedenksteine in die Gehwege versenkt wurden. Nach fünf Jahren mit viel Arbeit an Ausstellungen, mit Vorträgen und anderen Veranstaltungen waren es dieses Mal fünfzig Interessierte. Sie kamen auch aus Weißenfels, Hohenmölsen und Naumburg, aus allen Altersgruppen und gingen mit in die Kramerstraße und auf den Neumarkt, wo weitere Stolpersteine verlegt wurden. Am Neumarkt wurde aus dem sehr berührenden Brief der hochbetagten Ruth Sommerfeld aus Bernau im Gedenken an die in Auschwitz ermordete Zeitzer Jüdin Auguste Lewy gelesen: „Was mich bedrückt, ist das Schuldgefühl für die von Deutschland im Nationalsozialismus ausgegangenen Verbrechen des Massenmordes und des Krieges, … was ich erhoffe für unsere Söhne, für unsere Enkel und Urenkel, für die Zukunft der Menschheit ist, dass sich Menschlichkeit und Nächstenliebe gegen Rassenwahn, Versklavung und Krieg durchsetzen.“

Lothar Czoßek und zahlreiche Gäste verfolgten die Verlegung der Stolpersteine Fotos: Heike Reimschüssel

Im Anschluss an die Verlegung der Stolpersteine am späten Nachmittag hatte die Initiative Stolpersteine Zeitz am Abend in die Zeitzer Stadtbibliothek eingeladen. Ehrengast dieser Veranstaltung war der neu gewählte Ehrenvorsitzende des Bundes der Antifaschisten und Verfolgten des Naziregimes, BdA/VVN Karl Heinz Hoffmann aus Weißenfels.Gunter Demnig, der am Tag zuvor in Dresden mit dem Erich-Kästner-Preis für sein mutiges Eintreten für Toleranz, Humanität und Völkerverständigung geehrt worden war, erzählte über sein

Zwei neue Stolpersteine fanden ihren Platz auf dem Zeitzer Rossmarkt

bisheriges Schaffen und was ihn zu den Stolpersteinen bewogen hat.

Der 1947 in Berlin geborene Künstler befasste sich schon seit Beginn seines Kunststudiums mit den Themen Frieden, Grundgesetz und Menschenrechte. Durch verschiedene Projekte in Deutschland und Europa erweckte er die Aufmerksamkeit nicht nur der Leute auf der Straße, sondern auch die der Polizei und Ordnungsbeamten. Oft jedoch bezog er diese auch mit ein.

Gunter Demnig spricht über sein Anliegen

Nach einem umfangreichen Kunststudium arbeitete er in Kassel als Assistent im Kunstmuseum an verschiedenen künstlerisch provozierenden Installationen. In den Jahren 1993/1994 reifte in ihm die Idee der Stolpersteine, um an die Deportation der jüdischen Bevölkerung während der Zeit des Faschismus in Deutschland zu erinnern. Zuvor hatte er mit Bleiplatten entlang der Berliner Mauer auf die Teilung der Stadt und die Opfer des kalten Krieges aufmerksam gemacht. In Köln legte er eine Spur von den Wohnungen der Sinti und Roma zu dem Ort ihres Abtransportes in die Vernichtungslager. Er wolle etwas Bleibendes gegen das Vergessen tun, zum Nachdenken und Nachforschen anregen. Die Stolpersteine sind seit den 90er Jahren sein Hauptprojekt, in welches er seine ganze Kraft und Liebe zu den Menschen einbringt. Er verbeuge sich mit jedem Stein vor den Opfern des Nationalsozialismus, sagte er und jeder Buchstabe auf der Messingplatte, die auf einem Betonstein befestigt ist, wird mit der Hand eingeschlagen. Besonders freut sich Demnig über das Interesse der Jugend an dieser Zeit und den Menschen, die mit den Steinen wieder in Erinnerung gebracht werden. Die Steine seien ein Beitrag zur Versöhnung mit den Angehörigen der Opfer auf der ganzen Welt mit Deutschland.

1933- Beginn der Naziherrschaft auch in Weißenfels

Von Werner Bergmann

Gedenken wir der Ereignisse vor 80 Jahren – Es gibt sicher nur noch wenige Mitbürger, die sich daran erinnern können. So sind wir, die wir rückblickend das Geschehen vor 80 Jahren überdenken und zugleich Schlussfolgerungen für heutiges ziehen wollen, auf das angewiesen, was uns Zeitzeugen schriftlich hinterlassen haben und was in Zeitungen,
für Weißenfels war es das „Weißenfelser Tageblatt“, darüber berichtet wurde.

Wir erinnern an den 4.März 1933. Wir erinnern daran, wie in unserem Schloss und Schlossgarten ein Instrument des faschistischen Systems, die „Schutzhaft“ in einem Lager, später auch KZ genannt, eingerichtet wurde. Aus den verschiedensten Quellen wird ersichtlich wie innerhalb weniger Wochen mit Mitteln des Rechtsbruchs, des Verfälschens des Wählerwillens und krimineller Energie, die Voraussetzungen zur Schaffung dieses Terrorinstrumentes geschaffen wurden. Wie innerhalb dieser Zeit brutal das normale bürgerliche Leben vieler Menschen und Familien zerstört wurde.

Am 27.Januar berichtete das Weißenfelser Tageblatt von der ersten Sitzung der Weißenfelser Stadtverordneten Versammlung des Jahres 1933.Anträge und Gegenanträge, verbaler Schlagabtausch zwischen den Parteien, auch zwischen KPD und SPD. Eine ganz „normale“ Sitzung eben in dieser Zeit. In diesen Tagen aber verhandeln in Berlin die bürgerlichen Parteien mit der NSDAP um die Bildung einer großen Koalition. Die „Bürgerlichen“ zieren sich, ihnen sind die Nazis nicht geheuer. Sie wollen deren Stimmen im Reichstag, aber die Macht behalten. Das Ergebnis wissen wir. Am 31.Januar wird Hitler Reichskanzler.

Wenn man die Seiten der Februarausgabe des Tageblattes durchblättert, erfährt man, wie innerhalb dieser 4 Wochen das

Führungspersonal in Verwaltung, Justiz, Polizei zugunsten der Nazis ausgetauscht wird, dass schließlich die SA in eine Hilfspolizei mit allen polizeilichen Rechten umgewandelt wird. Am 3. Februar wird ein Demonstrationsverbot für Kommunisten ausgesprochen. Die SA greift weiterhin Mitglieder und Veranstaltungen der KPD und SPD an. So kommt es am 17. Februar zu Auseinandersetzungen bei einer SPD-Versammlung im Stadttheater. Der Höhepunkt der Vorbereitung eines Staatsstreiches, sprich Ermächtigungsgesetz, ist schließlich der Reichstagsbrand. Jetzt geht das Naziregime mit allen Mitteln gegen die KPD und ihre Mitglieder vor.

Mit Unterstützung durch die Staatsgewalt, insbesondere durch die Justiz und Polizei, durchsuchte die SA Parteibüros und verhaftete KPD Funktionäre. In der Nummer 55 des Weißenfelser Tageblattes vom 6.März 33 wird von der Verhaftung von 68 Kommunisten berichtet. 31 in Weißenfels, 22 in Merseburg und 9 in Zeitz. Zeitzeugen berichten, dass in diesen Tagen die Zahl viel höher war. Diese Festgenommenen gehörten sicher zu den ersten Häftlingen im Schloss „Neu- Augustusburg“ in Weißenfels.
Am 12. März, in dieser Zeit größter Demagogie und extremsten Terrors, fanden Gemeindewahlen statt. Wie viel Mut und Überzeugung muss jemand aufbringen, in dieser Situation für eine der Arbeiterparteien und insbesondere für die KPD zu kandidieren. Welches Vertrauen die Wähler in die Kandidaten setzten zeigt das Wahlergebnis, das im Tageblatt veröffentlicht wird. Bei einer Wahlbeteiligung in Weißenfels von 81% stimmten für die SPD 3493 Bürger bei der vorhergehenden Gemeinderatswahl waren es 4967. Für die KPD stimmten 4989 Wähler bei der vorhergehenden Wahl waren es 4861. Für die Nazis änderte sich das Wahlergebnis von 764 auf 8770. Ein gewaltiger Zuwachs, aber nicht zu Lasten der Antifaschisten.

Die in die Weißenfelser Stadtverordnetenversammlung gewählten KPD Abgeordneten Hofmann, Frahnert, Tannenberger, Eichfeld konnten ihr Mandat nicht antreten. In der Nr. 66 vom 18 März berichtet das Tageblatt, vom Ausschluss der Kommunisten aus allen Parlamenten.

Viele von ihnen befanden sich zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr in Freiheit.

Wie überall in Deutschland feierten die Faschisten und ihre Verbündeten ihren Sieg in diesem Staatsstreich. So auch in Weißenfels.
Am 8.3. berichtet das Tageblatt von einer Flaggenhissung und einer Parade auf dem Schlosshof. Polizei, Hilfspolizei, SA und SS defilierten vor hochrangigen Polizeioffizieren und örtlichen Nazigrößen.
Am 18. März dann das Kreistreffen der SA auf dem Markt mit anschließender Kundgebung in der überfüllten Marktkirche (siehe Weißenfelser Tageblatt).

Aufrechte Antifaschisten haben in dieser Zeit große Standhaftigkeit bewiesen, besonders wenn sie öffentlich auftraten. Deshalb möchte ich einige mutige Weißenfelser nennen.
Auf der Liste der SPD standen:
Wieglepp, Engel, Bühnert, Saupe, Müller, Schulz.
Auf der der KPD:
Hofmann, Frahnert, Tannenberger, Eichfeld, Anna und Ernst Klette, Rosenkranz, Hartmann, Schellenberg.
Für den Kreistag kandidierte Minna Warthold aus Langendorf.

Angesichts der heutigen Naziumtriebe wäre ihr Vermächtnis an uns diese Ereignisse nie zu vergessen oder zu verdrängen, denn:

„Der Schoß ist fruchtbar noch ,aus dem das kroch“(Brecht)
„Menschen seid wachsam“(Fucìk)

Was ist authentisch – oder ist alles nur Plagiat?

Von Katja Bahlmann

In der großen Online-Enzyklopädie Wikipedia ist unter dem Schlagwort „Plagiat“ folgendes zu lesen, Zitat: „Ein **Plagiat** (über frz. aus lat. *plagium* ‚Menschenraub‘[1]) ist die Anmaßung fremder geistiger Leistungen. Dies kann sich auf die Übernahme fremder Texte oder anderer Darstellungen (z. B. Zeitungs-, Magazinartikel, Fotos, Filme, Tonaufnahmen), fremder Ideen (z. B. Erfindungen, Design, Wissenschaftliche Erkenntnisse, Melodien) oder beides gleichzeitig (z. B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen, Kunstwerke, Romane) beziehen. Plagiate können, müssen aber nicht, gegen das Gesetz verstoßen: Die nicht als Zitat gekennzeichnete Übernahme fremder Texte ist in der Regel eine Verletzung von Urheberrechten. Die Über-nahme fremder Ideen kann eine Verletzung von Patentrechten oder Geschmacksmustern sein. In der Wissenschaft kann ein Plagiat gegen Prüfungs-ordnungen, Arbeitsverträge oder Universitätsrecht verstoßen. Zwischen rechtswidrigen Übernahmen fremder geistiger Leistungen und der legitimen Über-nahme freier oder frei gewordener Ideen gibt es eine Grauzone, wo ein Plagiat zwar als legal, nicht aber als legitim gilt.“ (Quelle:www.de.wikipedia.org/wiki/plagiat).

Aber was gilt denn nun als Plagiat? Im streng genom-menen Sinne haben alle Personen, die eine Schule besucht haben, mit Plagiaten zu tun. Denn der Lehrer vermittelt Inhalte aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, die er sich nicht selbst ausgedacht, sondern auch von einer weiteren Lehrperson gelehrt bekam und nunmehr weitergibt. Auch wenn gelehrte Inhalte vom Lehrer abgefragt werden, kann dies lt. o.g. Definition im engeren Sinne immer nur ein Plagiat sein, denn es ist eine fremde geistige Leistung, die dort als Erkenntnis abgefragt wurde. Oder etwa nicht? Auf die Idee diesen Artikel zu schreiben und mich mit dem Thema ausein-anderzusetzen, brachte mich wiederum ein interessanter Beitrag des World Wide Web. Unter der `URL – http://plagiat.htwberlin.de/ff/startseite/fremde_federn_finden` ist dieser zu finden.

Wer sich eingehender mit dem Thema befasst, wird bald feststellen, dass es Plagiate nicht erst seit den letzten Plagiat-Affären rund um Herrn von und zu Guttenberg und Co. gibt, selbst bekannten Dichtern wie z.B. Goethe wurde wissenschaftlich nachgewiesen, dass so manches nicht aus seinem geistigen Eigentum stammt – hier wäre das Gedicht „Ein Gleiches“ von Goethe zu nennen, welches sehr große Ähnlichkeit zu den Versen von J.D. Falk auf weist – aber eine genaue Abgrenzung, ob ein Text der zwar inhaltlich das Gleiche aussagt, jedoch mit anderen Worten beschrieben wurde, bereits schon ein Plagiat ist oder nicht, wurde durch die Wissenschaft bisher noch nicht festgelegt.

Wie bereits gesagt, lt. der Definition „Plagiat“ s.o. könnte vieles darunter fallen, aber es gibt auch Meinungen, dass es gar keine Plagiate in diesem Sinne geben kann. Denn es gibt ebenso Wissenschaftler, die sagen, dass jegliche Äußerungen oder Ideen der Allgemeinheit gehören und es so etwas wie geistiges Eigentum nicht geben kann. Somit könnte es Ideenklau auch nicht geben. Denn jeder, der sich im Austausch mit anderen Menschen befindet, bringt ihnen Erkenntnis und nimmt sich vom Gegenüber mit, was ihm selbst als Erkenntnis wichtig erscheint. Wie weit kann man also gehen?

Plagiate sind erst dann ein Problem, wenn es darum geht, dass materieller Schaden entstanden ist, sich Leistungen erschlichen werden, Forscher Daten und Aufsätze fälschen oder Fremdes unter eigenem Namen publizieren – all dies könnte ethisch und moralisch problematisch werden und rechtlich bedenklich sein. Ich will hier nicht moralisch wirken, aber Plagiate gibt es in fast jeder Branche – der Wirtschaft, der Musik, der Kunst, der Literatur, der Forschung u.a. Es spart zwar viel Zeit von Anderen abzukupfern, aber ist es nicht viel schöner, sich eigene Gedanken und Vorstellungen über die vielfältigsten Dinge des Lebens zumachen? Das Ende bleibt offen, ich möchte anregen, darüber nachzudenken – viel Freude dabei!

Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE und die Redaktion des Saale-Unstrut-Elster Kuriers wünscht allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisanten und Freunden, allen Helfern Unterstützern eine guten Start ins Jahr 2013. Viel Erfolg und Schaffenskraft!

„Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

Bertolt Brecht

Zahlen alle Mandatsträger ihren Mandatsträgerbeitrag?

Wer bezahlt den nächsten Kommunalwahlkampf?

Von Reinhard Weber, Vorsitzender der Finanzrevisionskommission, und Petra Hörning, Kreisschatzmeisterin

Die Bundesfinanzordnung wie auch die Landesfinanzordnung regelt jeweils im § 4 die Zahlung von Mandatsträgerbeiträgen. Auch in der Finanzordnung unseres Kreisverbandes werden die Ortschaftsräte, Stadträte als auch Kreisräte zur Zahlung eines Mandatsträgerbeitrages verpflichtet. Dies gilt für alle, die auf der Liste der Partei DIE LINKE stehen, ob sie Mitglied der DIE LINKE sind oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Diese Vorgehensweise findet sich übrigens auch bei anderen Parteien.

Fakt ist, von unseren linken Mandatsträgern im Burgenlandkreis zahlt nur jeder Dritte seinen Beitrag. Und das auch nur selten nach in der Höhe der von Ihnen abgegebenen Selbstverpflichtung.

Bei Bundestagsabgeordneten wie auch Landtagsabgeordnete werden die Mandatsträgerbeiträge automatisch von den monatlichen Bezügen einbehalten und dem Bundesvorstand bzw. den Landesvorständen zugeführt.

Die Mandatsträgerbeiträge sollen in der Regel in den Kommunalwahlfonds fließen. Aus dem Kommunalwahlfonds werden die Wahlen der jeweiligen politischen Ebenen finanziert. Das heißt, mit den Beiträgen der Mandatsträger unseres Kreisverbandes wird der Kommunalwahlkampf finanziert.

Mit der Zahlung von Mandatsträgerbeiträgen sichern wir den eigenen Wahlkampf unserer Kandidaten.

Das ist doch wohl Grund genug, dass jeder Mandatsträger seinen Beitrag leistet.

Jeder Mandatsträger sollte sein eigenes Zahlungsverhalten prüfen. Auch für künftige Wahlkämpfe brauchen wir Geld. 2014 sind Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt, da wird ein gut gefüllter Kommunalwahlfonds gebraucht. Im Burgenlandkreis werden die Ortschaftsräte, Stadträte und Kreisräte gewählt, da ist **jeder EURO** sehr willkommen.

Die Richtgröße für die Erhebung von Mandatsträgerbeiträgen liegt bei 10 % der Höhe der durch dieses Mandat erzielten Einnahmen. Zu diesen gehören auch die Aufwandsentschädigungen für Aufsichtsräte und Gesellschafterversammlungen.

Derzeit ist der Kommunalwahlfonds der Linken des Burgenlandkreises mit 14 000 € gefüllt. Im Vergleich zu den meisten anderen Kreisverbänden eher mager. Damit sind unsere Spielräume für die Gestaltung des nächsten Wahlkampfes (2014 sind Kreistags- und Stadtratswahlen) nicht all zu groß.
Die Umsetzung der nach der letzten Wahl abgegebenen Spendenerklärung wird Einfluss auf die Listenaufstellung nehmen müssen.

Die Kontodaten für eine Überweisung auf der als Verwendungszweck „Mandatsträgerbeitrag“ vermerkt sein sollte, finden sich auf der ersten Seite des Kuriers im Impressum.

DIE LINKE Burgenlandkreis

Kontonummer: 30 00 10 28 40
Bankleitzahl: 800 53 000
Sparkasse Burgenlandkreis

Termine:

DIE LINKE.

08.01.2013	17.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand Hohenmölsen, Büro R. Weber, Mauerstraße Hohenmölsen
08.01.2013	16.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand Weißenfels, Geschäftsstelle Weißenfels, Töpferdamm
13.01.2013		Luxemburg-Liebknecht Ehrung, Berlin, Busabfahrtzeit und -ort werden noch bekannt gegeben
19.01.2013	09.30 Uhr	Mitgliederversammlung Stadtverband Weißenfels, Kulturhaus Weißenfels, Kleiner Saal Obergeschoss
21.01.2013		Wahlkreistag Dr. Frank Thiel in Nebra
23.01.2013	17.30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand, Geschäftsstelle Weißenfels, Töpferdamm
24.01.2013		VertreterInnenversammlung BLK-SK im Wahlkreis 73
28.01.2013		Wahlkreistag Dr. Frank Thiel in Zeitz
30.01.2013	18.00 Uhr	Die Linke lädt ein zur Gesprächsrunde, Hohenmölsen, SKZ "Lindenhof" Lindenstraße Thema: "70. Jahrestag der Stalingrader Schlacht" Referent: Wolfgang Misterek

Nachruf

Im Herbst 2012 verstarben unsere Genossinnen

Rosemarie Faust aus dem Stadtverband Weißenfels
und
Gertraudel Schiller aus dem Stadtverband Hohenmölsen

Der Kreisverband Burgenlandkreis gedenkt Ihrer in stiller Anteilnahme und dankt für Ihre Arbeit

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren,

die im Januar

ihren Ehrentag feiern.
Wir wünschen Euch alle Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten.

Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband und die Redaktion

des S-U-E Kuriers

DIE LINKE.
Kreisverband Burgenlandkreis

Foto: Josef Türk Rei im Winkl Chiemgau